

## Konklusion

---

Als japanische Truppen am Abend des 9. März 1945 die Regierungsgebäude in Saigon stürmten, verhafteten sie als einen der ersten politischen Entscheidungsträger den Generalgouverneur von Französisch-Indochina, Jean Decoux. Nach seiner Festnahme verbrachte Decoux den Rest des Krieges im Internierungslager von Loc Ninh im Süden Indochinas, bis er im Oktober 1945 nach Frankreich ausgeflogen wurde, wo noch im gleichen Monat vor dem Haute Cour de Justice der Prozess gegen ihn eröffnet werden konnte.<sup>1</sup> In diesem Gerichtsverfahren wurde er im Februar 1949 von allen Anklagepunkten freigesprochen. Mit seinem Freispruch stellte der Generalgouverneur nicht die Ausnahme, sondern die Regel in der gerichtlichen Aufarbeitung der Politik französischer Beamter im Indochina der Kriegsjahre dar. Diese Dissertation hat die politische Ausgestaltung sowie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Vichy-Ideologie innerhalb des französischen Kolonialreichs untersucht und aufgezeigt, wie die Nachkriegsregierungen und die Justiz in Paris diese Politik in den Jahren nach dem Krieg beurteilten. Die Arbeit hat dabei die Gründe näher beleuchtet, warum die französischen Gerichte der Nachkriegszeit die Kolonialpolitik der Vichy-Regierung in Indochina nach dem Krieg fast vollumfänglich guthießen. Anklagen vor Gericht gegen die kolonialen Beamten, die während des Krieges in Indochina gewirkt hatten, wurden in der Regel fallengelassen. Diese sehr milden Urteile standen im Kontrast zu den harten Strafen, welche die französischen Gerichte gegen die Vertreter der Vichy-Regierung in anderen Kolonialgebieten aussprachen.

Die Arbeit konzentrierte sich in diesem Zusammenhang auf die politischen und juristischen Auseinandersetzungen um die Rechte und Pflichten, die mit der französischen Staatsbürgerschaft im kolonialen Kontext verbunden waren. Dabei ging sie der Frage nach, wie sich die koloniale Hierarchie (Sujet versus Citoyen), die im Konzept der Staatsbürgerschaft durch die damit verbundenen Rechte und Pflichten festgeschrieben war, auf die französischen Bürger und ihre Handlungen in der Kolonie auswirkte. Damit fragte die Arbeit weiterhin, inwieweit auch die mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Rechte und Pflichten für Spannungen innerhalb der französischen Gesellschaft

---

<sup>1</sup> Vgl. Decoux 2013, S. 377.

in Indochina verantwortlich waren. Hierbei untersuchte sie, wie sich die in einem spezifischen kolonialen Kontext entstandenen Vorstellungen von Staatsbürgerschaft im Umbruch von der Vichy-Kolonialregierung zu derjenigen der IV. Französischen Republik, vor allem in der juristischen Aufarbeitung, bemerkbar machten. Ausgangspunkte zur Beantwortung dieser Fragen waren in der vorliegenden Dissertation die Verhandlungen des Cour de Justice de l'Indochine und des Haute Cour de Justice, beides in Paris ansässige Gerichte. Die Unterlagen dieser Gerichtsverhandlungen dienten in dieser Arbeit als zentrale Ausgangspunkte zur Untersuchung der Politik der Vichy-loyalen Decoux-Regierung während des Zweiten Weltkriegs und zur Analyse der gerichtlichen Nachkriegsaufarbeitung der Handlungen beteiligter französischer Bürger.

Diese Arbeit zeigte, wie sehr sich das Konzept der Staatsbürgerschaft und der Prozess der Gewährung und des Entzugs der Staatsbürgerschaft im kolonialen Kontext verändert haben. Die französische Kolonialregierung in Indochina sah sich mit einer völlig anderen Ausgangssituation konfrontiert und interpretierte die Ausbürgerung als Mittel der politischen Macht anders als die Metropole. In Indochina wurde aufgrund der sehr kleinen jüdischen Bevölkerung die geopolitische Komponente bei den Entscheidungen über die Auswanderung viel wichtiger. Hier waren die wichtigsten Einflüsse auf solche Entscheidungen ein aggressives Japanisches Kaiserreich und der interne Machtkampf zwischen France libre und Vichy. Im Unterschied zur Metropole war der Umgang mit der Staatsbürgerschaft, insbesondere deren Entzug, in Französisch-Indochina nicht mehr in erster Linie eine antisemitische Maßnahme, obwohl der Antisemitismus auch in der Kolonie weit verbreitet war. Die Ausbürgerung war in erster Linie eine Methode der Regierung Decoux, um Oppositionelle zu bestrafen.<sup>2</sup> Diese Betrachtung der Staatsbürgerschaft zeigte auch, wie ein Konzept aus der Metropole in der angespannten Situation in Südostasien eine neue Bedeutung bekam und zu einem Machtmittel im innerfranzösischen Konflikt wurde. Der Grund für die Wirksamkeit der Maßnahme der Denaturalisierung in der Kolonie Indochina lag in den Privilegien, die, wie dargestellt, mit der Staatsbürgerschaft verbunden waren – und welche vom französischen Kolonialstaat auch wieder entzogen werden konnten.

Die Kolonie Französisch-Indochina entwickelte sich in den ersten Monaten der Decoux-Regierung zwischen der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 und den ersten Monaten des Pazifikkriegs (ab 7. Dezember 1941) zur festen Bastion Vichy-Frankreichs im ostasiatisch-pazifischen Raum. In der gesamten Region stellte die Kolonialregierung in Hanoi aufgrund ihrer Vichy-treuen Linie politische, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Erwartungen an die französische Gesellschaft in der Kolonie, deren Umsetzung mit aller Härte eingefordert wurde. Französische Akteure, welche sich diesen Ansprüchen auf unterschiedliche Art und Weise widersetzten, wurden verfolgt und entweder von Militärgerichten belangt oder auch ohne gerichtliche Verurteilung mit Strafen belegt. Die Mehrheit von ihnen erhielt bei Urteilen in absentia drakonische Sanktionen auferlegt, in der Regel die Todesstrafe, die allerdings wegen der Abwesenheit

<sup>2</sup> Obwohl die Ausbürgerung in dieser Arbeit nur eine untergeordnete Rolle spielte, wurde sie in Indochina während des Zweiten Weltkriegs durchaus angewendet. Für die entsprechende Archivquelle, vgl. AN, Fichier des déchéances de la nationalité française entre 1940 et 1944, Signatur: BB/27/1421. Für Forschungsliteratur, vgl. Jennings 2001, S. 179.

der Angeklagten nicht vollzogen wurde. Diejenigen Angeklagten, welche sich in Person vor Gericht verantworten mussten, wurden in diesen politisch stark beeinflussten Prozessen hart verurteilt, erhielten aber kein Todesurteil.<sup>3</sup> Die Urteile waren auch ein Akt politischer Kommunikation, denn sie dienten auch der öffentlichen Bekanntgabe der politischen Erwartungen der Decoux-Regierung an die Bevölkerung. Daneben nutzte die französische Kolonialregierung in Indochina während des gesamten Krieges ihren Einfluss auf die Gesellschaft, um in den Medien, in Bildungseinrichtungen und mit dem gezielten Einsatz zivilgesellschaftlicher Organisationen ihre eigenen Vorstellungen der Rechte und Pflichten eines Franzosen innerhalb der Kolonie zu verbreiten. Diese Vorstellungen waren stark von den Konzepten Vichys und der *Révolution nationale* geprägt.

In den politischen und gesellschaftlichen Bereichen, in denen diese Art der staatlichen Propaganda nicht den erwünschten Effekt hervorrief, intervenierte die Regierung mit juristischen Sanktionen in Form von gerichtlichen Verurteilungen oder ergriff direkte administrative Maßnahmen gegen einzelne Bürger, ohne die Fälle vor die Gerichte zu bringen. Diese Interventionen wurden aber nicht nur gegen die Anhänger von *France libre* eingesetzt, sondern zielten auch darauf ab, den Einfluss Japans in der Kolonie auf diese Weise zurückzudrängen. Dieser Einfluss verstärkte sich als direkte Folge mehrerer japanisch-französischer Verträge ab September 1940, was sich in der kontinuierlichen Vergrößerung der in der Kolonie stationierten japanischen Truppenkontingente zeigte. Die Decoux-Regierung versuchte in den folgenden Jahren, durch politisches Manövieren einen immer fragiler werdenden Modus Vivendi mit dem Japanischen Kaiserreich aufrechtzuerhalten, um die französische Kontrolle über Indochina zu erhalten. Spätestens am 9. März 1945 war diese Strategie gescheitert, als die Decoux-Regierung durch die japanische Armee gestürzt wurde, was zur unmittelbaren Folge hatte, dass nun fundamental neue Anforderungen von Seiten einer neuen, nun japanischen Regierung an französische Bürger in Indochina gestellt wurden. Damit hatte sich über Nacht ihre Staatsbürgerschaft von einer Quelle der Privilegien zu einer Ursache für Repressionen gegen sie gewandelt.

Mit Kriegsende wurde die französische Kontrolle über Indochina mehrheitlich wiederhergestellt. Zwei neu eingerichtete Sondergerichte in Paris, der *Cour de Justice de l'Indochine* und der *Haute Cour de Justice*, begannen mit der Aufarbeitung der Decoux-Ära, im Falle des *Cour de Justice de l'Indochine* besetzt mit französischen Justizbeamten und Bürgern, welche den Krieg ebenfalls in Indochina verbracht hatten. In der Folge sprachen sie fast alle angeklagten Beamten der Kolonialregierung frei von den Vorwürfen der Verbreitung der *Révolution nationale* und der Kooperation mit dem Japanischen Kaiserreich.<sup>4</sup> Zeitgleich mit den gerichtlichen Verfahren eskalierte der Erste Indochina-

3 Todesurteile in Anwesenheit der betreffenden Person wurden, soweit dies eruiert werden konnte, in Indochina während des Zweiten Weltkriegs nur gegen Franzosen ausgesprochen, die Spionage-tätigkeiten für Japan durchgeführt hatten. Vgl. *Le Procureur général: Réquisitoire définitif*. H. Nr. 55, Paris 14.02.1949, AN, *Réquisitoire définitif Decoux*, Signatur: 3W/149, S. 57.

4 Der einzige Schulterspruch der beiden Gerichte, welcher in Bezug auf die Ausführung von Amtshandlungen eines Beamten der Decoux-Regierung in Indochina eruiert werden konnte, betraf den Leiter des Internierungslagers von Longxuyen, Maurice Gamichon. Doch auch dieser Schulterspruch wurde nach der Aussprache sogleich wieder aufgehoben. Gamichon hatte nach dem 9. März 1945

krieg. Dadurch trafen viele der Argumente, welche die Angeklagten vor Gericht bezüglich der Kontinuität und Stabilität von Französisch-Indochina äußerten, auf offene Ohren. Sie profitierten dabei davon, dass die Gerichtsverhandlungen zu einem für sie günstigen Zeitpunkt durchgeführt wurden. Zudem hatte die Regierung im Frankreich der Nachkriegszeit ein besonderes Interesse daran, die Amtshandlungen der Decoux-Regierung für ihre eigenen politischen Zwecke zu vereinnahmen um dadurch einen französischen Anteil am Pazifikkrieg für sich in Anspruch zu nehmen.<sup>5</sup> Am Ende gelang es sämtlichen angeklagten ehemaligen Beamten, ihre Handlungen und Vorgehensweisen in der Regierung und Verwaltung Indochinas, die zumeist klar von den Idealen Vichys und der Révolution nationale beeinflusst waren, als notwendige Mittel zu rechtfertigen, die einzig dem Erhalt der französischen Kontrolle über Indochina gedient hätten. Dieser Verteidigungsstrategie wurde, wie die umfassenden Freisprüche zeigen, vor dem Hintergrund der Nachkriegssituation in Indochina durch das Gericht Glaube geschenkt.

Diese Dissertation zeigte die Mechanismen auf, mit welchen die Decoux-Regierung ihre Erwartungen an die französischen Bürger schrittweise entwickelte, um hierdurch ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen in Französisch-Indochina umzusetzen. Dabei nahmen die spezifischen Rechte und vor allem Pflichten, welche von Franzosen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft von der Regierung erwartet und eingefordert wurden, eine besondere Stellung ein. Das Einfordern von Pflichten und die Gewährung von Rechten wurde durch den Kontext des französischen Kolonialreichs und des pazifisch-asiatischen Raums geprägt, orientierte sich aber auch klar an der politischen Ideologie der Vichy-Regierung und der Révolution nationale. Innerhalb dieser Arbeit erfolgte auch eine Untersuchung des Inhalts dieser staatsbürgerlichen Pflichten: Zum einen wurde dies durch die Untersuchung der Propagandabemühungen der Decoux-Regierung zur Verbreitung ihrer Vorstellungen von adäquatem Verhalten der französischen Bürger erreicht, zum anderen wurden die Mittel analysiert, welche die Kolonialregierung zur Überwachung, Durchsetzung und Sanktionierung der (Nicht-)Einhaltung von staatsbürgerlichen Verpflichtungen einsetzte. Diese umfassten auch Repressionen gegenüber denjenigen Franzosen, die gegen diese Vorstellungen verstoßen hatten. In diesem Kontext wird deutlich, wie sehr sich in der französischen Kolonialpolitik vor Ort die Ideen und Vorgaben aus Vichy-Frankreich mit den Erfordernissen der sehr spezifischen Lage in Indochina vermischten. Die Decoux-Regierung verfolgte, wie diese Arbeit zeigte, bei der aktiven Propaganda für die eigene Sache und bei der Anwendung von Repressionen gegen Individuen einen zweigleisigen Ansatz. Einerseits zielte sie darauf ab, das errichtete autoritäre Herrschaftssystem weiter zu stützen,<sup>6</sup> andererseits versuchte sie, mittels dieser Strategien Konfrontationen mit den japanischen Kräften zu vermei-

---

Widerstand gegen das Japanische Kaiserreich geleistet. Vgl. Panier, M.: Cour de justice de l'Indochine, Session de juillet 1948, Audience publique du 22 Juillet 1948. H. Nr. 8, Paris 22.07.1948, AN, Contre: Pourvoi Gamichon Dossier Gamichon, Signatur: Z/7/11, S. 11.

- 5 Für eine detailliertere Untersuchung der nach dem Zweiten Weltkrieg diskutierten Frage, ob Französisch-Indochina ein Verbündeter oder ein Opfer des Japanischen Kaiserreiches war, vgl. das Kapitel von Beatrice Trefalt »The French Prosecution at the IMTFE: Robert Oneto, Indochina and the Rehabilitation of French Prestige«, in: Von Lingen 2016, S. 51–68, besonders S. 51.
- 6 Siehe Kapitel 2.

den.<sup>7</sup> Ersteres wurde in den Fällen, in denen Propaganda und Repressionen in den Gerichtsverhandlungen nach dem Krieg thematisiert wurden, durch die angeklagten involvierten Beamten nicht weiter betont, während die Beamte letzteres Motiv zur alleinigen Motivation vieler Handlungen der Kolonialverwaltung deklarierten. Viele Handlungen von Kolonialregierung und Kolonialverwaltung konnten nach dem Krieg durch die verantwortlichen Beamten ohnehin nicht geleugnet werden, die Beweggründe allerdings dahingehend umgedeutet werden, dass diese stets einzig dem Erhalt der französischen Kontrolle über die Kolonie gedient hätten. Die Verhältnisse in der Kolonie mit dauerhafter japanischer Präsenz wie auch mit indigenem Widerstand hätten, so die nach dem Krieg vor Gericht vorgetragenen Begründungen, eine autoritäre Kolonialregierung genauso wie die Loyalität zu Vichy notwendig gemacht. Mit Blick auf die Gerichtsurteile nach dem Krieg war diese Argumentation überaus erfolgreich.

Am besten lassen sich die diversen Anforderungen an die Inhaber französischer Staatsbürgerschaft und auch die Privilegien, welche mit dieser in Indochina einhergingen, an den (in der Regel wirtschaftlichen) Kooperationsaktivitäten von Franzosen in der Kolonie mit japanischen Partnern beobachten. Die Kolonialregierung in Hanoi forderte von den Franzosen in Indochina während des Krieges ein, dass sie in ihrem persönlichen Handeln die Ausbreitung des japanischen Einflusses nicht zusätzlich unterstützen. Gleichzeitig erwuchsen aus verschiedenen französisch-japanischen Kooperationen wiederum neue Privilegien für die daran beteiligten Franzosen. Japanische Unternehmen in der Kolonie waren auf die Zusammenarbeit mit französischen Bürgern aufgrund deren Staatsbürgerschaft angewiesen, andernfalls wäre es ihnen nach französischem Recht oft nicht gestattet gewesen, in Indochina zu operieren. Entsprechend lukrativ waren die Angebote, welche französischen Bürgern, vor allem gut vernetzten Fachkräften, von Seiten japanischer Geschäftspartner unterbreitet wurden. Eine Reihe französischer Bürger ging darauf ein und erhoffte sich durch diese Kooperationen, ihre eigene wirtschaftliche Situation in Indochina zu verbessern. Diese Allianzen wurden aber weder von der Decoux-Regierung noch von der Provisorischen Regierung der Französischen Republik (GPRF) oder der IV. Französischen Republik gerne gesehen. In den Maßnahmen, welche diese drei Regierungen gegen solche Kooperationen erließen, wie Internierungen und Gerichtsverurteilungen, spiegelten sich auch die jeweiligen Erwartungen an die französische Bevölkerung in der Kolonie. Die Untersuchung der wirtschaftlichen Kooperationen zwischen Franzosen und Japanern zeigte, dass die japanische Administration durch die vertraglichen Absprachen mit der Decoux-Regierung eine Reihe zumeist wirtschaftlicher Kooperationsanfragen an französische Bürger richtete. Gleichzeitig wollte die Decoux-Regierung nicht, dass die französischen Staatsbürger diese Angebote ausnutzten, da sie die weitere Ausbreitung des japanischen Einflusses in Indochina zu verhindern suchte. Dieselben Interessen verfolgten auch die beiden Nachkriegsregierungen, indem sie diejenigen Franzosen gerichtlich belangten, welche während des Krieges solche wirtschaftlichen und politischen Kooperationen mit japanischen Partnern eingegangen waren.

<sup>7</sup> Besonders deutlich wird diese Politik bei der politischen Behandlung alliierter Bürger durch die Decoux-Regierung, siehe Kapitel 2.4 und Kapitel 3.2.

Der Fokus dieser Arbeit lag dabei nicht allein auf den politischen Maßnahmen der Decoux-Regierung zur Sicherung ihrer Machtposition in Abstimmung mit Vichy, sondern besonders auf den individuellen Akteuren, die in diese politischen und wirtschaftlichen Prozesse involviert waren. Im Blickfeld standen daher die Auswirkungen der kolonialstaatlichen Interventionen auf die Bevölkerung in Indochina, vor allem die französischen Bürger, und zwar unabhängig davon, ob diese aktiv an der Umsetzung dieser politischen Maßnahmen beteiligt waren oder lediglich deren Auswirkungen erfuhrten. Dieser Fokus auf die individuellen Akteure, ihre Tätigkeiten und ihre Probleme gab Einblick in die Herausforderungen bei der Verbreitung der Ideen der Révolution nationale im kolonialen Kontext sowie ihrer Aufarbeitung. Der Blickwinkel zeigte, wie französische Bürger ihren persönlichen Handlungsspielraum nutzten, um eine spezifische Ausgestaltung der Kolonialpolitik in Indochina zu erreichen, oder aber bei diesem Versuch scheiterten. Diese Ambiguitäten zwischen staatlichen Erwartungen und persönlichen Aktivitäten von Bürgern zeigten sich nicht nur während der Kriegsjahre in den Handlungen der Kolonialbeamten und der Bürger, sondern auch nach dem Krieg in den Schwierigkeiten bei der Beurteilung dieser Handlungen durch den Cour de Justice de l'Indochine und den Haute Cour de Justice. Bei der Betrachtung dieser gerichtlichen Untersuchungen wird deutlich, wie sehr sich die Prioritäten der Decoux-Regierung und der GPRF bzw. der IV. Französischen Republik ähnelten und wie groß die Übereinstimmung ihrer Auffassungen bezüglich des Verhaltens und der Pflichten französischer Staatsbürger war. In ihren politischen und gesellschaftlichen Prioritäten deckten sich die von der Decoux-Regierung propagierten Ansichten häufig mit denjenigen, welche die IV. Französische Republik ihren Bürgern nahelegte.

Durch diesen Umstand lässt sich auch das in der Einleitung genannte Paradox auflösen, weshalb Jean Decoux als einer der wenigen hohen Kolonialpolitiker freigesprochen wurde, während die Gerichte in der Regel harte Strafen für Beamte verhängten, die in anderen Kolonien tätig gewesen waren. Eine Be- und Verurteilung des Verhaltens der angeklagten Beamten während des Krieges war im Nachhinein ohnehin ein schwieriges Unterfangen, denn die Politik, welche sie mitgestaltet und umgesetzt hatten, war von den unmittelbaren Notwendigkeiten der Kolonie inmitten des Pazifikkriegs geprägt. Die gerichtliche Beurteilung der Handlungen der Angeklagten musste daher eine ganze Reihe von Komplexitäten berücksichtigen, die spezifisch für die Kolonie Indochina waren. Wie diese Arbeit hervorhebt, musste die Kolonialverwaltung unter Jean Decoux durchgehend eine Reihe diverser Interessen berücksichtigen und in ihre Handlungen integrieren, was zu einer von starkem Pragmatismus geprägten Politik führte. Diese Politik war dennoch zweifelsohne stark durch die Vorgaben der Révolution nationale und Anordnungen aus Vichy sowie durch die autoritär-nationalkonservativen Vorstellungen der höheren Offiziere, welche im Kreis um Jean Decoux die neue Kolonialregierung konstituierten, beeinflusst. Neben diesen Einflüssen waren gewisse grundlegende Motive innerhalb der Politik von Decoux erkennbar, die sich aus der speziellen kolonialen Situation Indochinas ergaben. Einer der Leitgedanken der Decoux-Regierung war es, den Fortbestand der französischen Kontrolle über Indochina ebenso wie die Treue zur Mutterpatrie (Vichy-Frankreich) zu wahren. Trotz ihrer feindseligen Einstellung zu France libre, die sich erst inoffiziell im Verlauf des Jahres 1944 wandelte, wurde die Loyalität der Decoux-Regierung zu Vichy-Frankreich in den Gerichtsverhandlungen nach dem Krieg

sehr allgemein als eine zu Frankreich als Nation interpretiert. Mit diesen beiden Motiven, der Loyalität zu Frankreich und dem Fortbestand von Französisch-Indochina als Kolonie, identifizierten sich, wie im vierten Kapitel gezeigt, nach Kriegsende auch diejenigen Zivilisten und Beamten, welche im Auftrag der IV. Französischen Republik die Vorgänge in der Kolonie Indochina während des Weltkriegs aufarbeiteten, was die Freisprüche der höheren Beamten erklärt. Die Mitglieder des Cour de Justice de l'Indochine, die alle selbst in Indochina gelebt hatten oder noch dort lebten, teilten mehrheitlich die kolonialen Vorstellungen, welche auch durch die Decoux-Regierung vertreten worden waren. Dies wiederum hatte sicherlich in erheblichem Ausmaß Einfluss auf Freisprüche innerhalb der Gerichtsverhandlungen gegen die Kolonialbeamten Indochinas.

Doch die gerichtliche Auseinandersetzung mit der Politik der Decoux-Regierung in den Jahren 1946 bis 1950 in Paris ging über die Freisprüche der Kolonialbeamten hinaus. Die Gerichte der IV. Französischen Republik übernahmen auch in vielerlei Hinsicht die politische Argumentation der Decoux-Regierung. Dies zeigte sich darin, dass eine Reihe von Urteilen und Internierungen, welche die Decoux-Regierung oft unter Umgehung der Rechtsprechung angeordnet hatte, durch die Regierungskommissare des Cour de Justice de l'Indochine als Indizien gegen die Angeklagten in die Anklagen einflossen. Zumeist betraf dies Fälle von wirtschaftlicher Kooperation zwischen Franzosen und ihren japanischen Geschäftspartnern. Dies ging so weit, dass teilweise administrative Internierungen und Verurteilungen, die während des Krieges unter falschen Vorwänden von der Decoux-Regierung angeordnet worden waren, nach dem Krieg als Beschuldigungen gegen die ehemals Verurteilten selbst verwendet wurden.<sup>8</sup> Dadurch fanden Konzepte, welche ursprünglich durch die Vichy-Regierung in Europa entwickelt, aber im ostasiatischen Raum in der Kolonie Französisch-Indochina in einem völlig anderen Kontext angewendet wurden, innerhalb der Gerichte in Paris nach dem Krieg nun erneut ihre Anwendung. In vielen Bereichen übernahmen in der Folge die staatlichen Institutionen der IV. Französischen Republik, welche die Kolonialpolitik der Decoux-Regierung hätten aufarbeiten sollen, ebenjene Argumentationen der Decoux-Regierung. Diesem Transfer von politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen aus Vichy in die Kolonie Französisch-Indochina, die nach dem Krieg durch die Gerichte auch zurück nach Frankreich transferiert wurden, galt ein besonderes Interesse in dieser Arbeit.

Die Gerichtsfälle des Cour de Justice de l'Indochine und des Haute Cour de Justice in Paris waren der Anfangspunkt dieser Dissertation, da diese Gerichte mit der singulären Befugnis ausgestattet waren, angeklagten Franzosen ihre staatsbürgerlichen Rechte für eine bestimmte Zeitperiode zu entziehen. Dadurch kam diesen gerichtlichen Verfahren eine einmalige Stellung innerhalb der Auseinandersetzung Frankreichs mit der eigenen Staatsbürgerschaft zu. Um der Forschungsfrage nach den Auseinandersetzungen um

---

8 Dies war unter anderem in den Gerichtsverhandlungen gegen Maurice Lenormand, Alfred Langlet, Faust Faure, Marcel Pienovi und Léon Voyron der Fall. In all diesen Verfahren nutzten Regierungskommissare des Cour de Justice de l'Indochine Sanktionierungen, welche die Decoux-Regierung unter Vorwänden gegen die Angeklagten erlassen hatte, nun als Indizien, um erneut gegen sie vorzugehen. Für die entsprechenden Gerichtsakten vgl. AN, Contre: Lenormand Maurice Auguste Marie, Signatur: Z/7/21; AN, 1) X. 2) Langlet, 3) Bertrand, Signatur: Z/7/23; AN, Contre: 1) Pienovi Marcel et 2) Faure Faust, Signatur: Z/7/14; AN, Contre: Voyron (Léon), Signatur: Z/7/17.

die Staatsbürgerschaft nachzugehen, wurden in einem ersten Schritt mittels Methoden der Digital Humanities diejenigen Akteure, die in den Gerichtsfällen des Cour de Justice de l'Indochine involviert waren, mit den in Archivquellen aus der Zeit der Decoux-Regierung genannten Personen in Verbindung gebracht. In einem zweiten Schritt wurden Informationen aus weiteren archivierten Dokumenten aus Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Schweiz sowie zusätzliche digital verfügbare Quellen mit den Informationen zu diesen Akteuren verknüpft. Der dadurch erstellte Korpus digitalisierter Quellendokumente aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs wie auch der Nachkriegszeit diente in einem letzten Schritt der Erarbeitung eines historischen Narrativs über die sich ändernden Erwartungen der unterschiedlichen Regierungen an die französischen Bürger in Indochina.

Die Erstellung dieses Geflechts von Akteuren und ihrer Beziehungen, die Online-Konsultation von Teilen des bearbeiteten Quellenmaterials und auch die langfristige Sicherstellung der digital bearbeiteten Quellen wurde durch die Anwendung digitaler Methoden ermöglicht. Dadurch war es innerhalb dieser Dissertation möglich, dank der Methoden der Digital Humanities und der Globalen Mikrogeschichte neue Erkenntnisse zu der anfangs gestellten Frage nach der Politik der französischen Staatsbürgerschaft in der Kolonie in Indochina zu gewinnen. So konnte einerseits durch geschichtswissenschaftliche Analyse ein Themenbereich, welcher bisher nur wenig Forschungsinteresse erfahren hatte, weiter erschlossen werden, andererseits konnten für diese Untersuchung eine Reihe neu entwickelter digitaler Methoden, die für die Anwendung innerhalb der Geistes- und Sozialwissenschaften entwickelt wurden, zur Generierung von digitalen Datensätzen und damit zu einer Erweiterung der für diese Arbeit relevanten Forschungsbasis genutzt werden. Im Rahmen dieser Arbeit wurde dadurch eine Reihe umfangreicher archivierter Quellenbestände, welche bisher in der historischen Forschung unberücksichtigt geblieben sind, identifiziert und durch den Einsatz digitaler Methoden umfassend analysiert. Dieses Vorgehen führte dazu, dass die Verflechtungen und Netzwerke von Akteuren innerhalb der Kolonie mit ihren Verbindungen in Indochina, aber auch innerhalb eines größeren asiatisch-pazifischen Raums sowie des globalen französischen Kolonialreichs aufgedeckt werden konnten. Diese Protagonisten ermöglichten mit ihren politischen Haltungen und ihrem dementsprechenden Wirken einen Transfer von Vorstellungen und Ideen zwischen Metropole und Kolonien. Dieser Austausch war mit dem Ende des Krieges nicht abgeschlossen, sondern war mit seiner Aufarbeitung in den Nachkriegsgerichtsprozessen auch Gegenstand einer politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Debatte.

In dieser Arbeit wurde durchgehend versucht, durch das Wechseln des Blickwinkels zwischen Mikro- und Makroperspektive die biografischen Informationen in einem größeren Zusammenhang zu analysieren und sie somit für übergeordnete Erkenntnisse zu diesen Debatten nutzbar zu machen. Daher war für diese Arbeit die Forschungsmethode der Globalen Mikrogeschichte unabdingbar – sie diente während der gesamten Untersuchung dazu, die Handlungen einzelner französischer Bürger mit dem politischen Informationsnetzwerk und den politisch-gesellschaftlichen Forderungen aus Frankreich in Relation zu setzen. Die Staatsbürgerschaft diente hierbei den konkurrierenden Regierungen, Vichy-Frankreich und France libre, als jenes politische Konzept, mittels welchem die Rechte und Pflichten der französischen Bürger in der Kolonie ausgehandelt wurden.

Durch die Auseinandersetzungen zwischen Individuen und staatlichen Akteuren über genau diese Rechte und Pflichten eines französischen Bürgers entstanden Archivquellen, welche eine detailliertere Untersuchung ermöglichten. Diese Dokumentationen ermöglichten den historischen Zugang zur Frage nach der Rolle der Staatsbürgerschaft in einem globalen Kolonialreich. Eine solche Untersuchung der Bedingungen und praktischen Ausgestaltung der Staatsbürgerschaft mitsamt ihren Konsequenzen im kolonialen Kontext, wie sie in dieser Arbeit durchgeführt wurde, war nur durch die Forschungsmethode der Globalen Mikrogeschichte möglich.

Diese Untersuchung wies auch auf eine ganze Reihe von Themenbereichen hin, die in vielen Punkten nach wie vor unzureichend erforscht sind. Insbesondere die indigene Bevölkerung stellte im kolonialen Indochina bezüglich Fragen der Staatsbürgerschaft eine der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppierungen dar. Die Geschichte der indigenen Bevölkerung Indochinas im Zweiten Weltkrieg konnte in der vorliegenden Arbeit aus verschiedenen Gründen nur am Rande thematisiert werden. Viele der Privilegien, welche die Kolonialregierung den französischen Bürgern zustand, waren zum Nachteil der indigenen Bevölkerung definiert, ohne dass in der Regel dabei auf deren Bedürfnisse und Interessen Rücksicht genommen wurde. Als Konsequenz daraus musste sie mit den Auswirkungen zurechtkommen, welche die Privilegien der französischen Bürger und derjenigen anderer Staaten mit sich brachten, und am Ende war es der kontinuierlich zunehmende indigene Widerstand, welcher die französische Kontrolle über die Kolonie endgültig beendete. Dass dieses Thema innerhalb dieser Untersuchung eher am Rande behandelt wurde, hat mehrere Gründe: Die Dokumente, welche durch die lokale Bevölkerung in laotischer, kambodschanischer und vietnamesischer Sprache angelegt wurden, konnten vom Autor nicht gelesen werden. Da der Fokus der Untersuchung besonders auf die Quellen abzielte, welche durch die französische Verwaltung und durch französische Bürger erstellt wurden, wurden auch französischsprachige Quellen seitens der indigenen Bevölkerung in der Regel nicht zur Untersuchung hinzugezogen. Eine Erweiterung der Untersuchung unter stärkerem Einbezug von Quellen seitens der indigenen Bevölkerung wäre jedoch äußerst wertvoll, um dadurch Erkenntnisse über die Konflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und Franzosen, die im Kontext des globalen Kolonialreichs aktiv waren, zu erarbeiten.

Die Frage der Staatsbürgerschaft stellte, wie aus den französischsprachigen Archivquellen hervorgeht, häufig einen Auslöser von Spannungen dar, da die Zugehörigkeitsfrage entweder Privilegien ermöglichte oder aber Diskriminierung förderte. Die gesellschaftliche Herabstufung der indigenen Bevölkerung zur Zeit der Kolonialherrschaft war eine Konsequenz der Ausgestaltung der französischen Staatsbürgerschaft im kolonialen Kontext. Die Staatsbürgerschaft war daher integraler Bestandteil des Konstruks der kolonialen Kontrolle.<sup>9</sup> Im Kampf gegen diese Ungleichheiten der kolonialen Gesellschaft formierte sich, wie bereits dargestellt, auch immer stärker Widerstand gegen die französische Kolonialherrschaft. Die Spannungen erreichten während des Krieges ihren Hö-

9 Für eine Untersuchung der Staatsbürgerschaft als Konfrontation zwischen den Privilegien der Kolonisatoren und der Diskriminierung der kolonisierten Bevölkerung vgl. auch Kapitel 4 »Conquest and Subjugation: Hierarchies of Citizenship Rights between Colonization and Decolonization (1900–1950)«, in: Gosewinkel 2021, S. 183–224.

hepunkt, und im Widerstand gegen die französische wie auch die japanische Kontrolle zeigte sich die eminente Bedeutung der Rolle der indigenen Bevölkerung für die Zukunft Indochinas.<sup>10</sup> An diesem Widerstand zerbrach am Ende das französische Kolonialreich.

Von einer weiteren bedeutenden Bevölkerungsgruppe, den französischen Staatsbürgerinnen, war in dieser Arbeit nur am Rande die Rede. Das vierte Kapitel behandelte mehrere Gerichtsfälle gegen einzelne Französinnen und konnte damit einen Teil der Anforderungen aufzeigen, die man von Seiten der Decoux-Regierung an Frauen aufgrund ihrer französischen Staatsbürgerschaft und ihres Geschlechts stellte. Doch gibt dieser Teil der Arbeit letztlich nur einen ersten Einblick in die divergierenden Erwartungen, die in Indochina während des Zweiten Weltkriegs trotz identischer Staatsbürgerschaft an die jeweiligen Geschlechter gestellt wurden, und fokussiert auch hier fast ausschließlich auf die französische Gesellschaft in der Kolonie. Die im Zuge dieser Untersuchung angelegte Dateninfrastruktur könnte jedoch als Ansatz für weitere Forschungsarbeiten dienen, um den Akteurinnen, die in den unterschiedlichen Quellen erwähnt werden, intensiver nachzugehen sowie um weitere Quellendokumentationen zu digitalisieren und dem digitalen Archiv anzufügen. Ein auf diese Weise ausgerichtetes digitales Archiv würde es wiederum möglich machen, neue Erkenntnisse über die lokalen und globalen Netzwerke und Verbindungen der französischen Bürgerinnen in Indochina während des Krieges zu gewinnen und auch ihre Kontakte mit der Metropole während und nach dem Krieg aufzuzeigen. Mittels der so eruierten Netzwerke könnten weitere Personen identifiziert und über sie in einem weiteren Schritt durch Archivstudien mehr Informationen zu der Situation der französischen Bevölkerung im kolonialen Indochina generiert werden. Dadurch könnte das im Rahmen dieser Arbeit aufgebaute digitale Archiv genutzt werden, um weiteren Forschungsfragen, unter anderem auch bezüglich der französischen Staatsbürgerinnen, nachzugehen.

Außerdem kann auch die innerhalb der Arbeit angewandte Forschungsmethode für eine künftige vertiefte Untersuchung der in Indochina wohnhaften Bürger alliierter Staaten, die während der Kriegsjahre in den Fokus der Decoux-Regierung und der japanischen Präsenz gerieten, genutzt werden. Die von den schweizerischen Konsuln angelegten Dokumentationen über die Vertretung der Interessen der alliierten Staaten ermöglichen es, Einblicke in die individuellen Schicksale dieser Bürger zu erhalten. Als auswärtige und global vernetzte Personen waren die Bürger alliierter Staaten ein wichtiger Teil der Gesellschaft Indochinas, und ihre jeweiligen Staatsbürgerschaften wirkten sich unterschiedlich auf ihre Privilegien während der Zeit der Decoux-Regierung aus. Die staatsbürgerliche Zugehörigkeit stellte auch den Grund dar, weshalb sie mit dem Beginn des Pazifikkriegs in unterschiedlichem Ausmaß zum Ziel staatlicher Repressionen wurden. Daher würde sich auch hier eine vertiefte Untersuchung anbieten, um die mannigfaltigen Auswirkungen der französischen Kolonialpolitik auf Bürger unterschiedlicher Herkunft und Staatsbürgerschaft zu untersuchen. Durch den gezielten Einsatz unter anderem des im Rahmen dieser Arbeit erstellten digitalen Archivs wäre es möglich, eine Vielzahl von Akteuren im kolonialen Raum zu identifizieren, welche

<sup>10</sup> Zum indigenen Widerstand gegen das französische Kolonialreich und das Japanische Kaiserreich vgl. auch Logevall 2012; Gunn 2014.

man in Quellendokumenten zum öffentlichen Leben der Kolonie sonst nur mit Schwierigkeiten hätte orten können. Durch die vorgestellte Methode des digitalen Archivs zur Verknüpfung von Quellenmaterialien ergäbe sich die weitere Möglichkeit, die Nennungen in den einzelnen Dokumenten zu erfassen und anschließend durch deren digitale Verknüpfung die globale Vernetzung der Akteure widerzuspiegeln, was wiederum einen Ausgangspunkt für weiterführende Untersuchungen darstellen könnte.

Auch könnte in künftigen Forschungen die Politik des Japanischen Kaiserreichs mit- samt ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft, besonders die japanische, in Indochina intensiver betrachtet werden. In dieser Dissertation wurde die Gruppe der in Indochina tätigen oder ansässigen Japaner zusammenfassend als japanische Präsenz beschrieben. Sie bestand jedoch aus einer Gemeinschaft von mehreren zehntausend japanischen Bürgern, deren Mitglieder als Militärs, Beamte und Geschäftsleute in Indochina ein wichtiges Einflusszentrum bildeten und die das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben in Französisch-Indochina maßgeblich beeinflusste. Oft gelang es der japanischen Präsenz durch ihre militärische und wirtschaftliche Macht, eine entscheidende Rolle innerhalb der Kolonie einzunehmen. Einige dieser Einflussnahmen durch die japanische Präsenz wurden im Rahmen dieser Dissertation beleuchtet, insbesondere bei der Ausgestaltung staatsbürgerlicher Rechte von Bürgern alliierter Staaten während des Zweiten Weltkriegs, die eine Reaktion der Decoux-Regierung auf japanischen Druck darstellte. Eine deutlich vertiefte Untersuchung der japanischen Präsenz und der sich darum gruppierenden japanischen Gesellschaft dürfte sich aus zwei Gründen anbieten. In dieser Arbeit wurde auch deshalb der Begriff »japanische Präsenz« gewählt, da in den Quellen durchgehend sehr verallgemeinernde Begriffe verwendet wurden, wie etwa »Japonais«,<sup>11</sup> »Nippons«<sup>12</sup> oder »la mission japonaise en Indochine«.<sup>13</sup> Der Begriff »japanische Präsenz« steht daher, wie bereits ausgeführt, für eine sehr umfangreiche und aus sehr verschiedenen Mitgliedern und Institutionen bestehende Gemeinschaft in Indochina.

Besonders die Komplexität, verbunden mit den unterschiedlichsten Interessen, welche innerhalb des Konzepts der japanischen Präsenz zusammengefasst wurden, zeigt auf, wie wichtig die Aufschlüsselung dieses Konstrukts für eine vertiefte Untersuchung und für ein besseres Verständnis der französisch-japanischen Beziehungen im Zusammenhang mit der Kolonie Indochina ist. Für die erfolgreiche Durchsetzung der konkreten Maßnahmen, welche die französische Kolonialverwaltung gegen die eigene französische Bevölkerung anwandte, war die Reaktion der unterschiedlichsten japanischen Interessensgruppen zentral. Alle japanischen Interessensgruppen wollten den durch die Isolation Französisch-Indochinas von Europa und durch die militärische Stationierung japanischer Truppen gewonnenen Einfluss zum eigenen Vorteil nutzen. Die französische Kolonialverwaltung reagierte auf diese Entwicklung zweigeteilt. Einerseits griff sie

<sup>11</sup> Romerio, François: Exposé, Information suivie contre: Lebedel. H. Nr. 35, Paris 11.12.1948, AN, Contre: Lebedel (Louis), Signatur: Z/7/20, S. 4.

<sup>12</sup> Romerio, François: Exposé, Information suivie contre: Rivoal. H. Nr. 7, Paris 26.11.1948, AN, Contre: X. Victime Idylle, Rivoal, Signatur: Z/7/20, S. 1.

<sup>13</sup> Romerio, François: Exposé, Information suivie contre: Teulier. H. Nr. 46, Paris 08.11.1948, AN, Contre: Teulier (Marcel), Signatur: Z/7/19, S. 1.

gegenüber der eigenen Bevölkerung mit Härte durch, wenn diese ihre japanischen Partner zu intensiv unterstützte. Andererseits wurde aber auch gegen diejenigen Franzosen vorgegangen, welche sich zu stark dem Japanischen Kaiserreich widersetzten. Die französische Kolonialverwaltung befürchtete, dass der Widerstand einzelner Franzosen gegen japanische Akteure durch die japanische Präsenz als eine Provokation von Seiten des offiziellen Frankreichs hätte aufgefasst werden können. Eine genauere Untersuchung der unterschiedlichen Akteure, ihrer Interessen und auch der Konflikte, die sich beispielsweise zwischen japanischen Unternehmern und Militärs manifestierten, wäre sehr ertragreich, um einen besseren Einblick in die Aktivitäten der Mitglieder dieser Gruppe zu erhalten, die in dieser Dissertation überaus summarisch als quasi monolithische Einheit beschrieben wurde. Zudem war der Einfluss Japans als zweite externe Besatzungsmacht auf die indigene Bevölkerung sehr weitreichend. Die japanische Gesellschaft in Indochina bemühte sich um die Gunst der indigenen Bevölkerung und bot ihr eine Alternative zum französischen Kolonialstaat, auch wenn diese in derselben imperialen Logik verhaftet war. Eine vertiefte Untersuchung der japanischen Präsenz, ihrer Aktivitäten sowie ihrer Vernetzungen und Interaktionen mit anderen Gruppen von Akteuren würde daher die Kenntnisse um die Geschichte und Gesellschaft Indochinas während der Kriegsjahre überaus erweitern.

Vielforschend wäre auch eine Ausweitung der im Rahmen dieser Arbeit vorgenommenen Untersuchung der Erwartungen an die französischen Staatsbürger auf das gesamte französische Kolonialreich. Parallel zu der innerhalb dieser Dissertation durchgeführten Forschung könnten hierbei Vergleiche mit den Zuständen in anderen französischen Kolonien während des Krieges angestellt werden. Zentrale Forschungsfragen wären dabei die Klärung der spezifischen Erwartungen an die Loyalität von französischen Bürgern und Kolonisierten innerhalb des französischen Kolonialreichs sowie eine Untersuchung, inwiefern die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten in den einzelnen Kolonien divergierten und sich veränderten. Ebenso interessant wäre es, die im Frankreich der Nachkriegszeit eingesetzten Strategien und Maßnahmen zur Aufarbeitung der Vorgänge im französischen Kolonialreich während der Kriegsjahre genauer zu analysieren. Es konnten keine Studien über diese bedeutenden politisch-juristischen Vorgänge der Aufarbeitung und ihrer Konsequenzen beim Übergang des Zweiten Weltkriegs in die Phase der Dekolonialisierung identifiziert werden. Innerhalb dieser Dissertation wurde mit dem Fokus auf die Nachkriegsprozesse um die französischen Beamten und die Tätigkeiten privater Akteure in Indochina ein Teil der rechtlichen Aufarbeitung und somit ein Bereich dieses Prozesses genauer beleuchtet. In weiterführenden Studien könnte auch analysiert werden, in welchem Umfang Ideen und Konzepte aus dem französischen Kolonialreich, beeinflusst sowohl von Vichy als auch von France libre, in das politische, rechtliche und gesellschaftliche Verständnis von französischer Staatsbürgerschaft im Frankreich der IV. und V. Französischen Republik einflossen und damit bis heute Nachwirkungen zeigen.

Noch immer hat die französische Kolonialzeit einen großen Einfluss auf die gegenwärtige Politik und Gesellschaft Frankreichs und ist auch in den französischen Medien präsent. Viele der in dieser Arbeit adressierten Fragen sind daher auch in der politischen Aufarbeitung noch nicht abgeschlossen. Nach wie vor besitzen historische Fragen rund um das französische Kolonialreich ein gesellschaftlich brisantes und spalterisches Po-

tenzial, was umso mehr zeigt, wie sehr diese noch der wissenschaftlichen Aufarbeitung bedürfen. Frankreich wird bis heute auch von den starken Kontinuitäten verfolgt, die zwischen dem Vichy-Staat und der IV. Französischen Republik in Fragen des Kolonialreichs bestanden. In dieser Dissertation wurde einer dieser Themenbereiche, der problembehaftete Übergang vom Vichy-Staat zur IV. Französischen Republik, besonders in seinen Auswirkungen innerhalb der Kolonialpolitik, genauer untersucht. Außerdem beleuchtete diese Untersuchung die historischen Aspekte der Thematik der Staatsbürgerschaft mit Blick auf den kolonialen Kontext. Auch dieses Thema blieb in den vergangenen Jahrzehnten in seiner Relevanz ungebrochen. In Zeiten erhöhter globaler Mobilität zeigen sich erneut auf vielfachen Ebenen die Probleme der Zugehörigkeit und der Loyalität zu einem Staat, welche mit der Staatsbürgerschaft von Individuen verknüpft werden und sich etwa mit der Frage nach mehrfacher Staatsangehörigkeit noch zusätzlich akzentuieren. Gleichzeitig tragen Staatenverbünde wie die Europäische Union dazu bei, dass die durch die Staatsbürgerschaft gebildete territorialstaatliche Gebundenheit von Bürgern reduziert wird. In solchen überstaatlichen Modellen wird gegenwärtig versucht, Einschränkungen zu reduzieren, welche mit der Verknüpfung zwischen Staat und Staatsbürgerschaft einhergehen, so beispielsweise die Begrenzung der Mobilität. Anders als im französischen Kolonialstaat besteht heute der Anspruch, dies ohne eine einseitige Privilegierung der Träger einer spezifischen Staatsbürgerschaft durchzuführen.

Im Gegensatz dazu operierte die französische Regierung in den Kolonien sowohl vor als auch nach dem Krieg sehr bewusst mit dem Instrument der Staatsbürgerschaft zur Stabilisierung kolonialer Hierarchien. Bürger aus der französischen Metropole, aus weiteren europäischen und nordamerikanischen Staaten und in zunehmendem Maße auch aus Japan erlangten in Französisch-Indochina eine einseitige Machtfülle auf Kosten der indigenen Bevölkerung. Doch die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den Kolonien Ostasiens, wie im Fall Französisch-Indochinas gesehen, wiesen in vielen Bereichen Ähnlichkeiten auf mit den heutigen Beziehungen zwischen Staaten und ihren Bürgern. Daher bietet diese historische Untersuchung von Fragen der Staatsbürgerschaft im kolonialen Kontext Anknüpfungspunkte für viele gegenwärtige gesellschaftliche Herausforderungen, die durch die Globalisierung auch in Europa große Aktualität erlangt haben. Auch heute geht es bei vielen Fragen rund um die Staatsbürgerschaft um die Frage der Loyalität und um die Bewertung der Handlungen einzelner Akteure durch Staat und Gesellschaft. Die Probleme, welche innerhalb dieser Dissertation analysiert wurden, sind in ähnlicher Dimension noch immer präsent, und die im Frankreich der Nachkriegszeit entwickelten Methoden, um mit diesen Problemen umzugehen, werden in ihren heutigen Ausprägungen nach wie vor diskutiert. Im Rahmen der staatlichen Anstrengungen, gegen terroristische Anschläge im Frankreich des 21. Jahrhunderts vorzugehen, diskutierte die französische Politik unter anderem dieselben juristischen Mittel, wie sie bereits für die Aufarbeitung der Vichy-Zeit in der Nachkriegszeit zur Anwendung kamen. So findet sich in einem im Januar 2015 durch Abgeordnete der UMP (Union pour un Mouvement populaire) vorgeschlagenen Zwölf-Punkte-

Programm in Reaktion auf die zunehmende terroristische Bedrohung eine altbekannte Maßnahme – die Wiedereinführung der Indignité nationale.<sup>14</sup>

---

14 Vgl. Le Cain, Blandine: »L'indignité nationale«, une piste envisagée par l'Élysée«, in: *lefigaro.fr*, 20.01.2015. Online: <<https://www.lefigaro.fr/politique/2015/01/20/01002-20150120ARTFIG00087-l-indignite-nationale-une-piste-envisagee-par-l-elysee.php>>, Stand: 30.03.2023.